

gesetzentwurf

zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid
sowie fakultativen und obligatorischen Referenden auf Bundesebene



MEHR
DEMOKRATIE



Inhalt

Einführung	3
Übersicht: Die dreistufige Volksgesetzgebung plus fakultative und obligatorische Referenden	4
Ist für bundesweite Volksentscheide eine Grundgesetzänderung wirklich nötig?	5
Gesetzentwurf zur Einführung von Volksentscheiden sowie fakultativen und obligatorischen Referenden auf Bundesebene	7
Gesetzentwurf über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid (Bundesabstimmungsgesetz)	11
Chronologie: Gesetzentwürfe zu bundesweiten Volksentscheiden, die bisher in den Bundestag eingebracht wurden	23

Volksentscheid - endlich auch bundesweit!

Die direkte Demokratie als Ergänzung zur repräsentativen Demokratie – dieses Prinzip ist in ausnahmslos allen Bundesländern auf kommunaler und auf Landesebene verwirklicht. Die Kommunalordnungen bieten Bürgerbegehren und Bürgerentscheide und die Landesverfassungen Volksbegehren und Volksentscheide an.

Auf Bundesebene jedoch können die Bürgerinnen und Bürger bisher nicht direkt mitentscheiden. Im Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es zwar: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Eingelöst aber ist dieses Versprechen bisher nicht. Deutschland ist damit das einzige Land in Europa, das seit Ende des zweiten Weltkrieges noch nie einen Volksentscheid auf nationaler Ebene erlebt hat. Das soll sich ändern. Die Forderung von Mehr Demokratie lautet: Volksentscheid – bundesweit! Dafür ist eine Grundgesetzänderung notwendig, die mit Zweidrittelmehrheit vom Bundestag und vom Bundesrat zu beschließen ist.

Für die Einführung des bundesweiten Volksentscheids hat Mehr Demokratie einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes ausgearbeitet und in einer Mitgliederurabstimmung beschlossen. Außerdem wurde ein Ausführungsgesetz (Bundesabstimmungsgesetz) erarbeitet. Damit schlägt Mehr Demokratie zugleich vor, wie der bundesweite Volksentscheid konkret ausgestaltet werden soll. Das Instrument soll fair geregelt sein und so von den Bürgerinnen und Bürgern auch genutzt werden können. Gleichzeitig soll der Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Bundestag befördert werden.

Mehr Demokratie novelliert damit seinen eigenen Entwurf aus dem Jahr 2001. In den hier vorgelegten, vollständig überarbeiteten Vorschlag sind vor allem Erfahrungen aus der Schweiz und den USA sowie aus der Praxis der direkten Demokratie in den deutschen Bundesländern eingeflossen.

Mehr Demokratie - der Name ist Programm. Seit 1988 engagiert sich der Verein für den Ausbau der Demokratie auf allen politischen Ebenen. Er ist eine der größten Nichtregierungsorganisationen, die sich für Demokratieentwicklung einsetzt.

- Mehr Demokratie hat:
- 39 Volksbegehren und Volksinitiativen initiiert
 - insgesamt rund 5 Millionen Unterschriften bei Aktionen, Volksinitiativen und Verfassungsbeschwerden gesammelt
 - gemeinsam mit Campact und foodwatch die mit 125.000 Unterstützer/innen größte Verfassungsbeschwerde der deutschen Geschichte initiiert
 - in rund 30 Fällen bessere Mitbestimmungsrechte für Bürgerinnen und Bürger erkämpft und als „demokratisches Gewissen“ undurchsichtige und unfaire Regelungen angeprangert

Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher

Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin

Übersicht: Die dreistufige Volksgesetzgebung plus fakultative und obligatorische Referenden

1. Volksgesetzgebung

(Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide)

Hier kommt der politische Vorschlag aus der Mitte des Volkes. Bis der Vorschlag Gesetz werden kann, sind drei Stufen zu überwinden: Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – erläutert in der nebenstehenden Zeichnung.

2. fakultative Referenden

(Volksbegehren, mit denen verlangt werden kann, Gesetzentwürfe und Entscheidungen des Bundestages per Volksentscheid zu überprüfen)

Gesetze, die vom Bundestag verabschiedet werden, sollen erst nach 100 Tagen in Kraft treten. Wird in dieser Zeit ein Volksbegehren gegen das Gesetz gestartet und kommen 500.000 Unterschriften zusammen, muss das Gesetz vors Volk. Erst wenn das Gesetz bei einem Volksentscheid die Mehrheit der Stimmen erhält, tritt es in Kraft – wenn nicht, dann nicht.

3. obligatorische Referenden

(Verpflichtend stattfindende Volksentscheide, wenn Kompetenzen auf die EU übertragen werden und wenn das Grundgesetz geändert werden soll)

Änderungen des Grundgesetzes, die der Bundestag beschlossen hat, müssen vom Volk bestätigt werden. Gibt der Bundestag Kompetenzen auf EU-Ebene ab, muss auch hier das Volk zustimmen.



Konkreter Vorschlag für die Volksgesetzgebung (zu 1.)

Bürgerinnen und Bürger erarbeiten einen Gesetzentwurf oder einen politischen Vorschlag. Dabei können sie das zum Thema machen, was auch Sache des Bundestages ist.

Für eine **Volksinitiative** sind 100.000 Unterschriften zu sammeln. Eine Sammlungsfrist gibt es nicht.

Der Vorschlag wird im Bundestag binnen sechs Monaten behandelt. Die Initiative hat Rederecht. Lehnt der Bundestag den Vorschlag ab, kann innerhalb von 18 Monaten ein Volksbegehren beantragt werden.

Bestehen Zweifel an der Verfassungsgemäßheit des Vorschlags, kann die Bundesregierung oder ein Drittel des Bundestages das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Für ein **Volksbegehren** sind eine Million Unterschriften notwendig, für grundgesetzändernde Volksbegehren 1,5 Millionen. Sammlungsfrist: neun Monate.

Volksentscheid: Der Bundestag kann einen Alternativvorschlag mit zur Abstimmung stellen. An alle Haushalte geht ein Abstimmungsheft. Es entscheidet die einfache Mehrheit. Grundgesetzändernde Volksentscheide benötigen außerdem das „Ländermehr“, eine Mehrheit in den Bundesländern.

Ist für bundesweite Volksentscheide eine Grundgesetzänderung wirklich nötig?

Auf welchem Wege kann der Bundestag bundesweite Volksentscheide einführen – genügt ein einfaches Bundesgesetz oder ist eine Grundgesetzänderung nötig? Die Antwort auf diese Frage hat bisher auch über das Wohl und Wehe der direkten Demokratie auf Bundesebene entschieden: Für eine Grundgesetzänderung ist nach Art. 79 Abs. 2 eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig. Diese ist bisher an der Unionsfraktion gescheitert.

Dreh- und Angelpunkt aller Überlegungen ist Art. 20 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“ Dieses Prinzip ist so wichtig, dass es – so Art. 79 Abs. 3 des Grundgesetzes – nie und nimmer geändert werden darf. Repräsentative und direkte Demokratie stehen hier dem Wortlaut nach zwar gleichberechtigt nebeneinander. Aber weiter ausgeführt sind im Grundgesetz nur die Wahlen, nicht die Abstimmungen. Die Konkretisierung der Wahlen finden wir in Art. 38. Dieser endet mit dem Abs. 3: „Das Nähere bestimmt ein Bundesgesetz.“ Die Abstimmungen dagegen sind nicht weiter konkretisiert und eine Ermächtigung für ein Bundesabstimmungsgesetz findet sich nirgendwo im Grundgesetz. Nur Art. 29 sieht Volksentscheide bei einer Neugliederung des Bundesgebietes vor, jedoch in den betroffenen Ländern, nicht auf Bundesebene. Hier finden wir also kein Beispiel für eine direkte Demokratie, wie sie in Art. 20 angelegt ist. Geradezu kollidieren würde die Volksgesetzgebung ohne Grundgesetzänderung mit der in den Art. 76, 77 und 82 geregelten (parlamentarischen) Gesetzgebung. Gesetzentwürfe aus der Mitte des Volkes sind hier nicht vorgesehen.

Die Verfassungsmütter und -väter haben im Grundgesetz die Ausübung der Staatsgewalt durch Abstimmungen vorgesehen, aber nicht ausgeführt. Der Weg, bundesweite Volksentscheide über ein einfaches Abstimmungsgesetz einzuführen, ist verstellt, da eine Ermächtigung hierzu im Grundgesetz fehlt. Immerhin aber eröffnen die „Abstimmungen“ im Art. 20 die Einführung bundesweiter Volksentscheide durch eine Grundgesetzänderung.

Diese Position vertreten auch alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien. Sämtliche Vorstöße zur Einführung bundesweiter Volksentscheide hatten eine Grundgesetzänderung zum Ziel. Auch das Bundesverfassungsgericht hat die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung in seinem Lissabon-Urteil von 2009 bestätigt: „In einer Demokratie muss das Volk Regierung und Gesetzgebung in freier und gleicher Wahl bestimmen können. Dieser Kernbestand kann ergänzt sein durch plebiszitäre Abstimmungen in Sachfragen, die auch in Deutschland durch Änderung des Grundgesetzes ermöglicht werden könnten.“

Vor diesem Hintergrund präsentiert Mehr Demokratie e.V. zwei Gesetzentwürfe, einen zur Änderung des Grundgesetzes und ein Bundesabstimmungsgesetz.



Gesetzentwurf zur Einführung von Volksentscheiden sowie fakultativen und obligatorischen Referenden auf Bundesebene

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100 veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom ... (BGBl. ..., S. ...), wird wie folgt geändert:

Artikel 23 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

- Der Punkt wird durch ein Komma ersetzt.
- Der folgende Halbsatz wird angefügt:
„sofern das Volk in einem Volksentscheid nach Artikel 78a Absatz 6 zustimmt.“

Artikel 24 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- Der Punkt wird durch ein Komma ersetzt.
- Der folgende Halbsatz wird angefügt:
„sofern das Volk in einem Volksentscheid nach Artikel 78a Absatz 6 zustimmt.“

Artikel 76 Absatz 1 erhält die folgende Fassung:

„Gesetzesvorlagen werden beim Bundestage durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages, durch den Bundesrat oder vom Volke nach Artikel 78a eingebracht.“

Artikel 76 Absatz 2 Satz 1 erhält die folgende Fassung:

„Vorlagen der Bundesregierung sowie Volksbegehren nach Artikel 78a sind zunächst dem Bundesrat zuzuleiten.“

Artikel 77 Absatz 1 Sätze 1 und 2 erhalten die folgende Fassung:

„Die Bundesgesetze werden vom Bundestage oder durch Volksentscheid beschlossen. Vom Bundestag beschlossene Gesetze sind nach ihrer Annahme durch den Präsidenten des Bundestages unverzüglich dem Bundesrate zuzuleiten.“

Nach Artikel 78 werden ein neuer Abschnitt „VII a: Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid“ und der folgende Artikel 78a eingefügt:

„Artikel 78a [Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid]

(1) Das Volk hat das Recht, seinen Willen im Rahmen von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden zum Ausdruck zu bringen. Volksentscheide sind nach den Grundsätzen der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl abzuhalten.

(2) Einhunderttausend Stimmberechtigte haben das Recht, den Bundestag im Rahmen seiner Zuständigkeit mit Gesetzesvorlagen oder anderen bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung zu befassen (Volksinitiative). Die Vertrauensleute der Volksinitiative haben das Recht auf Anhörung im Bundestage, im Bundesrat und in deren Ausschüssen. Der Bundestag beschließt innerhalb einer

Die dreistufige Volksgesetzgebung:

1. Stufe: Volksinitiative
2. Stufe: Volksbegehren
3. Stufe: Volksentscheid

100.000 Unterschriften für die Volksinitiative. Gegenstand können, müssen aber nicht Gesetzentwürfe sein.

Recht auf Anhörung der Initiative im Bundestag.

Bundestag fasst sich binnen sechs Monaten.

Volksbegehren kann beantragt werden, wenn Bundestag Volksinitiative nicht beschließt.

Präventive Normenkontrolle: Das Bundesverfassungsgericht überprüft, ob Volksbegehren dem Grundgesetz entspricht.

Volksbegehrenshürde 1 Million, bei Grundgesetzänderungen 1,5 Millionen Unterschriften

Fakultatives Referendum: Kommen 500.000 Unterschriften zusammen, muss ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz, das noch nicht in Kraft getreten ist, per Volksentscheid überprüft werden.

Volksentscheid findet binnen eines Jahres nach erfolgreichem Volksbegehren statt.

Bundestag kann eine eigene Vorlage (Alternativvorlage) und eine mit der Initiative ausgehandelte Vorlage (Kompromissvorlage) neben der Vorlage des Volksbegehrens mit zur Abstimmung stellen.

Beim Volksentscheid: Mehrheit entscheidet. Muss einem Gesetz auch der Bundesrat zustimmen, ist auch eine Mehrheit der Länderstimmen notwendig.

Frist von sechs Monaten über die Volksinitiative, dabei ist dem Bundesrat Gelegenheit zu geben, seine Auffassung darzulegen.

(3) Frühestens sechs Monate, längstens vierundzwanzig Monate nach Einreichung einer Volksinitiative sind die Vertrauensleute einer Volksinitiative berechtigt, beim Deutschen Bundestage die Durchführung eines Volksbegehrens zu beantragen. Über eine mögliche Unzulässigkeit eines Volksbegehrens entscheidet das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Bundesregierung oder eines Drittels der Mitglieder des Bundestages innerhalb von längstens sechs Monaten. Einem Volksbegehren können mit Gründen versehene Gesetzesvorlagen oder andere bestimmte Gegenstände der politischen Willensbildung zugrunde liegen. Ein Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn es innerhalb von neun Monaten mindestens eine Million, bei Grundgesetzänderungen mindestens 1,5 Millionen Stimmberechtigte unterzeichnet haben.

(4) Hat ein Volksbegehren die Annahme oder Ablehnung eines nach den Vorschriften dieses Grundgesetzes parlamentarisch zustande gekommenen, aber noch nicht gegenzeichneten und vom Bundespräsidenten ausgefertigten Gesetzes zum Gegenstand (fakultatives Referendum), so ist es erfolgreich, wenn es innerhalb von drei Monaten nach Zustandekommen des Gesetzes mindestens fünfhunderttausend Stimmberechtigte, bei einem Gesetz, durch das ein vom Volk beschlossenes Gesetz aufgehoben oder geändert werden soll, mindestens zweihundertfünfzigtausend Stimmberechtigte, unterzeichnet haben. Ein solches Gesetz kann nur vorbehaltlich einer Annahme in dem Volksentscheid in Kraft treten. Eine Volksinitiative nach Absatz 2 ist in diesem Fall nicht erforderlich.

(5) Der Volksentscheid findet spätestens zwölf Monate nach einem zustande gekommenen Volksbegehren statt. Der Volksentscheid kann nur mit Zustimmung der Vertrauensleute des Volksbegehrens entfallen, wenn die Vorlage des Volksbegehrens zuvor unverändert auf parlamentarischem Wege, im Falle einer Gesetzesvorlage nach den Vorschriften des Artikels 77, zustande gekommen ist. Der Bundestag kann eine eigene Vorlage mit zum Volksentscheid stellen, die gemäß dem Verfahren des Artikels 77 beschlossen wird. Eine Vorlage, die der Bundestag gemäß dem Verfahren des Artikels 77 beschlossen hat und die die Zustimmung der Vertrauensleute des Volksbegehrens erhalten hat (Kompromißvorlage), kann ebenfalls mit zum Volksentscheid gestellt werden.

(6) Bei dem Volksentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Gesetze, die der Zustimmung der Länder bedürfen, kommen zustande, wenn zusätzlich die Zahl der Bundesratsstimmen jener Länder, in denen eine zustimmende Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen im Volksentscheid erreicht wurde, der im Bundesrat erforderlichen Mehrheit entspricht.

(7) Eine ausgewogene Information der Öffentlichkeit über die Inhalte von Volksbegehren und Volksentscheiden ist zu gewährleisten.

(8) Das Nähere regelt ein Bundesgesetz, das auch Bestimmungen über die freie Unterschriftensammlung, die elektronische Eintragung bei Volksinitiativen und Volksbegehren, eine Abstimmungskommission, die Offenlegung von Spenden und die Information aller Stimmberechtigten vor einem Volksentscheid enthalten muss.“

Artikel 79 Absatz 2 erhält die folgende Fassung:

„Ein solches Gesetz bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages, zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates und der Annahme in einem Volksentscheid.“

Artikel 79 Absatz 3 wird zu Absatz 4. Ein neuer Absatz 3 wird eingefügt:

„Eine Änderung des Grundgesetzes aufgrund eines Volksbegehrens bedarf der Zustimmung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen in einem Volksentscheid. Artikel 78a Absatz 6 Satz 2 findet Anwendung mit der Maßgabe, dass die Mehrheit der Bundesratsstimmen ausreichend ist.“

Artikel 93 wird wie folgt geändert:

In Absatz 1 Nr. 4a wird nach der Zahl 38 eingefügt:

„78a,“

(Stand: 28. April 2013)

Öffentlichkeit muss vor Volksentscheid informiert werden.

Ausführungsgesetz notwendig. Hier sollen Unterschriftensammlung, Abstimmungskommission und Offenlegung von Spenden behandelt werden.

Das obligatorische Verfassungsreferendum: Grundgesetzänderungen müssen vom Volk beschlossen werden.

Grundgesetzänderungen können auch durch Volksbegehren angestoßen werden.



Gesetzentwurf über das Verfahren bei Volksinitiative,
Volksbegehren, Volksentscheid (Bundesabstimmungsgesetz)

Abschnitt 1: Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Beteiligungs- und Stimmrecht

(1) Beteiligungsberechtigt an Volksinitiative und Volksbegehren ist, wer am Tag der Eintragung, am Volksentscheid, wer am Tag der Abstimmung das Wahlrecht zum Bundestag besitzt.

Beteiligungsrecht entspricht dem Wahlrecht zur Bundestagswahl.

§ 2 Anwendung der Vorschriften des Bundeswahlgesetzes

- (1) Die Vorschriften des Bundeswahlgesetzes über
1. die Einteilung der Wahlkreise in Wahlbezirke,
 2. die Bildung und Tätigkeit der Wahlorgane,
 3. Wahlrecht und Wählbarkeit,
 4. die Öffentlichkeit der Wahlhandlung und unzulässige Wahlpropaganda,
 5. die Aufstellung, Führung und Auslegung der Wählerverzeichnisse und Erteilung von Wahlscheinen,
 6. die Stimmzettel,
 7. die Wahrung des Wahlheimnisses,
 8. die Briefwahl,
 9. die Anfechtung von Entscheidungen und Maßnahmen im Wahlverfahren sind entsprechend anzuwenden.

Abschnitt 2: Die Volksinitiative

§ 3 Volksinitiative

(1) Einhunderttausend Stimmberechtigte haben das Recht, den Bundestag im Rahmen einer Volksinitiative gemäß Artikel 78a Absatz 1 des Grundgesetzes mit Gesetzesvorlagen sowie mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung zu befassen.

Hürde für Volksinitiative (1. Stufe):
100.000 Unterschriften.

(2) Eine Volksinitiative ist mit Begründung dem Präsidenten oder der Präsidentin des Bundestages schriftlich einzureichen.

(3) Die Unterschriften für eine Volksinitiative werden frei gesammelt. Eine Unterzeichnung kann abweichend hiervon auch im Wege der elektronischen Datenübermittlung erfolgen, wenn sie mit einer elektronischen Signatur versehen ist, die den Anforderungen des Signaturgesetzes vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 876), das durch Artikel 4 Absatz 111 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung entspricht (elektronischer Ersatz der Unterschrift). Das Nähere wird in der Bundesabstimmungsordnung geregelt.

Unterschriften werden frei gesammelt;
zudem ist Unterzeichnung online möglich.

(4) Das Beteiligungsrecht der Unterzeichnenden der Volksinitiative ist bei der Einreichung nachzuweisen. Bei der Sammlung der Unterschriften ist so zu verfahren,

Initiative lässt Unterschriften von Gemeinden prüfen. Gemeinde hat dafür einen Monat Zeit.

dass sich auf einer Liste nur Unterzeichnende derselben Gemeinde eintragen. Die Gemeinden sind verpflichtet, anhand der ihnen von der Volksinitiative zugestellten Unterschriftenlisten innerhalb eines Monats das Beteiligungsrecht der Unterzeichnenden zu überprüfen und die mit dem Nachweis des Beteiligungsrechts versehenen Unterschriftenlisten an die Vertrauensleute der Volksinitiative zurückzureichen.

§ 4 Behandlung der Volksinitiative

Bundestagspräsident/in entscheidet innerhalb eines Monats, ob Volksinitiative zustande gekommen ist.

(1) Der Präsident oder die Präsidentin des Bundestages entscheidet innerhalb eines Monats nach Einreichung der Volksinitiative über das Zustandekommen. Wird die Volksinitiative für zustande gekommen erklärt, überweist der Präsident oder die Präsidentin diese zur Behandlung an den Bundesrat und an den zuständigen Fachausschuss des Bundestages. Der Präsident oder die Präsidentin holt eine Stellungnahme anderer Fachausschüsse ein, wenn die Volksinitiative einen Gegenstand der Beratung in diesen Fachausschüssen betrifft.

Vertrauensleute haben Recht auf Anhörung.

(2) Die Vertrauensleute der Volksinitiative sowie von ihnen benannte Personen haben das Recht auf Anhörung im Plenum des Bundestages, des Bundesrates und in den federführenden Ausschüssen.

Inhaltliche Behandlung der Volksinitiative im Bundestag binnen sechs Monaten.

(3) Der Bundestag teilt den Vertrauensleuten innerhalb von sechs Monaten nach Zustandekommen der Volksinitiative das Ergebnis der parlamentarischen Behandlung mit. Die Mitteilung ist mit Gründen zu versehen.

Abschnitt 3: Das Volksbegehren

§ 5 Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens

Volksbegehren (2. Stufe) kann binnen 18 Monaten beantragt werden.

(1) Die Durchführung eines Volksbegehrens kann von den Vertrauensleuten binnen 18 Monaten nach der abschließenden Behandlung der Volksinitiative durch den Bundestag beantragt werden. Der Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens ist schriftlich beim Präsidenten oder der Präsidentin des Bundestages einzureichen. Der Präsident oder die Präsidentin leitet den Antrag an die Bundesregierung und an die Mitglieder des Bundestages weiter.

Binnen eines Monats nach Antragstellung können Regierung und Parlament Klage einreichen.

(2) Der Präsident oder die Präsidentin des Bundestages teilt den Vertrauensleuten innerhalb eines Monats nach Antragseingang mit, dass das Volksbegehren zugelassen ist. Wenn die Bundesregierung oder ein Drittel der Mitglieder des Bundestages das Volksbegehren für unzulässig halten, können diese beim Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung über die Zulässigkeit des Volksbegehrens innerhalb eines Monats nach Antragseingang herbeiführen. Auch hierüber informiert der Präsident oder die Präsidentin des Bundestages die Vertrauensleute.

§ 6 Überarbeitung und Änderbarkeit der Vorlage eines Volksbegehrens

(1) Die Vertrauensleute können die Vorlage bis zwei Wochen vor der Bekanntmachung des Volksbegehrens nach § 8 ändern oder die Rücknahme des Antrags erklären. Die Vertrauensleute sind dabei an die Bestimmungen in § 19 gebunden.

Vorlage kann geändert werden.

(2) Wenn die Vertrauensleute die Volksinitiative vor Einreichung der Vorlage als Volksbegehren überarbeiten wollen, können sie dazu unentgeltlich die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages in Anspruch nehmen.

Zur Überarbeitung können Wissenschaftliche Dienste des Bundestages genutzt werden.

(3) Ab dem Zeitpunkt der Bekanntmachung des Volksbegehrens sind lediglich rein redaktionelle Korrekturen oder Anpassungen an eine veränderte Rechtslage, die nach der Bekanntmachung zum Volksbegehren eintraten, möglich.

§ 7 Präventive Normenkontrolle

(1) Über einen Antrag nach § 5 (2) Satz 2 entscheidet das Bundesverfassungsgericht innerhalb von sechs Monaten.

Falls Klage eingereicht wird, muss Verfassungsgericht innerhalb von sechs Monaten entscheiden.

(2) Erklärt das Bundesverfassungsgericht Teile der Vorlage des Volksbegehrens für unzulässig, so wird den Vertrauensleuten innerhalb von drei Monaten Gelegenheit gegeben, die unzulässigen Teile zu streichen oder Änderungsvorschläge des Bundesverfassungsgerichts aufzugreifen. Das Volksbegehren wird dann mit den zulässigen Bestandteilen der Vorlage durchgeführt, sofern die Vertrauensleute dem zustimmen.

Vorlage nach Urteil veränderbar.

§ 8 Durchführung des Volksbegehrens

(1) Die Bundesabstimmungsleitung bestimmt im Einvernehmen mit den Vertrauensleuten den Beginn der Eintragsfrist für das Volksbegehren und macht es öffentlich bekannt.

Eintragsfrist wird im Einvernehmen mit Initiative festgelegt.

(2) Für Volksbegehren nach Artikel 78a Absatz 3 des Grundgesetzes beträgt die Eintragsfrist neun Monate.

Frist für die Unterschriftensammlung: neun Monate.

(3) Das Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn eine Million Stimmberechtigte, bei einer Änderung des Grundgesetzes eine Million fünfhunderttausend Stimmberechtigte durch eine gültige Unterschrift ihre Unterstützung des Volksbegehrens erklärt haben.

Volksbegehrenshürde (2. Stufe): 1 Million, bei Grundgesetzänderungen 1,5 Millionen Unterschriften.

(4) Die Bundesabstimmungsleitung macht mindestens zwei Wochen vor dem Beginn der Eintragung die Eintragsfrist und die Vorlage des Volksbegehrens samt ihrer Begründung bekannt.

(5) Die Unterschriften für ein Volksbegehren werden frei gesammelt. § 3 Absatz 3 Sätze 2-3 gelten entsprechend. Möglich ist zudem auch die Amtseintragung.

Unterschriften werden frei gesammelt.

Amtseintragung möglich.
Initiative übergibt Listen an Abstimmungsleitung, die sie an Gemeinden weitergibt.

(6) Für die Amtseintragung stellen die Vertrauensleute der Bundesabstimmungsleitung die Eintragungslisten spätestens zwei Wochen vor Beginn der Eintragsfrist in ausreichender Zahl zu. Die Bundesabstimmungsleitung leitet die Listen an die Gemeinden weiter. Die Gemeinden legen die Eintragungslisten während der Eintragsfrist mindestens während der gesamten Öffnungszeiten der Behörden sowie an einem Samstag und Sonntag pro Monat aus. Einmal monatlich geben alle Gemeinden zu einem festgelegten Stichtag Zwischenberichte über den Stand der ihnen vorliegenden gültigen Unterschriften eines Volksbegehrens an die Bundesabstimmungsleitung. Die Bundesabstimmungsleitung veröffentlicht das monatliche Zwischenergebnis und teilt es den Vertrauensleuten mit. Vor dem Beginn der Amtseintragung zum Volksbegehren machen die Gemeinden die Vorlage des Volksbegehrens, die Eintragsfrist und die Eintragungsmöglichkeiten ortsüblich bekannt. Die Gemeinden leiten nach Abschluss der Eintragsfrist die geprüften, mit Nachweis des Stimmrechts versehenen Unterschriften an die Bundesabstimmungsleitung weiter. Die Bundesabstimmungsleitung stellt das Ergebnis fest und teilt den Vertrauensleuten des Volksbegehrens umgehend mit, ob das Volksbegehren nach Artikel 78a Absatz 3 zustande gekommen ist.

Auch Briefeintragung ist möglich.

(7) Die Unterstützung des Volksbegehrens ist auch durch briefliche Eintragung möglich. Eine eintragungsberechtigte Person erhält auf Antrag bei der zuständigen Abstimmungsbehörde die Briefeintragungsunterlagen. Der Antrag ist von der eintragungsberechtigten Person selbst oder durch eine bevollmächtigte Person schriftlich oder mündlich bei der Abstimmungsbehörde zu stellen. Die Schriftform gilt auch durch E-Mail oder Telefax als gewahrt, wenn der Antrag auch den Tag der Geburt der antragstellenden Person enthält. Eine fernmündliche Antragstellung ist unzulässig. Das Nähere regelt die Bundesabstimmungsordnung.

§ 9 Einbringung der Vorlage, Zuleitung an den Bundesrat

(1) Mit der Feststellung, dass das Volksbegehren zustande gekommen ist, gilt die Vorlage, die dem Volksbegehren zugrunde liegt, als beim Bundestag eingebracht. Sie ist zunächst dem Bundesrat zuzuleiten.

(2) Für das weitere Verfahren gelten die Vorschriften über andere Gesetzesvorlagen entsprechend.

§ 10 Das fakultative Referendum

(1) Ein fakultatives Referendum hat die Annahme oder Ablehnung eines nach den Vorschriften des Grundgesetzes parlamentarisch zustande gekommenen Gesetzes zum Gegenstand. Es kann binnen eines Monats nach dem Zustandekommen des Gesetzes eingeleitet werden und gelangt, sofern innerhalb von drei Monaten mindestens fünfhunderttausend Stimmberechtigte, bei einem Gesetz, durch das ein vom Volk beschlossenes Gesetz aufgehoben oder geändert werden soll, mindestens zweihundertfünfzigtausend Stimmberechtigte, durch eine gültige Unterschrift ihre Unterstützung erklärt haben, zum Volksentscheid.

Mit fakultativem Referendum können vom Bundestag verabschiedete Gesetze gestoppt werden. Notwendig: 500.000 Unterschriften in drei Monaten.

(2) Ein Gesetz, das Gegenstand des Referendums ist, kann nur vorbehaltlich einer Annahme im Volksentscheid in Kraft treten.

(3) Das fakultative Referendum wird ohne vorausgegangene Volksinitiative durch Antrag beim Präsidenten oder der Präsidentin des Bundestages eingeleitet. § 3 Absatz 4 gilt entsprechend. Die Sammlung der Unterschriften für das fakultative Referendum beginnt frühestens nach Zustandekommen des Gesetzes. Für die Durchführung einer Amtseintragung sind binnen eines Monats 100.000 gültige Unterschriften in freier Sammlung erforderlich und bei der Bundesabstimmungsleitung abzugeben. Die Bundesabstimmungsleitung übersendet diese zur Bestätigung des Stimmrechts an die Gemeinden und stellt binnen zwei Wochen ab Eingang das Zwischenergebnis fest. Sofern die erforderliche Zahl von 100.000 gültigen Unterschriften bestätigt wurde, wird mindestens für den letzten Monat der dreimonatigen Eintragsfrist zusätzlich eine Amtseintragung durchgeführt.

Bei fakultativem Referendum ab 100.000 Unterschriften Amtseintragung möglich.

(4) Die §§ 1 und 2, § 8 Absätze 3-7 sowie die §§ 11-25 gelten entsprechend.

Abschnitt 4: Der Volksentscheid

§ 11 Allgemeine Bestimmungen

(1) Volksentscheide finden statt:

- aufgrund von Volksbegehren nach Artikel 78a des Grundgesetzes,
- bei der Übertragung von Hoheitsrechten nach Artikel 23 und 24 des Grundgesetzes,
- über Änderungen des Grundgesetzes nach Artikel 79 des Grundgesetzes.

Neben Volksentscheid nach einem erfolgreichen Volksbegehren auch obligatorische Referenden bei Grundgesetzänderungen und Abgabe von Souveränitätsrechten.

(2) Ein Volksentscheid nach Artikel 78a kann nur mit Zustimmung der Vertrauensleute entfallen, wenn die Vorlage des Volksbegehrens zuvor unverändert vom Bundestag, im Falle einer Gesetzesvorlage nach den Vorschriften des Artikels 77, spätestens sechs Monate nach einem zustande gekommenen Volksbegehren beschlossen wurde. Der Bundestag kann eine eigene Vorlage mit zum Volksentscheid stellen, die gemäß dem Verfahren des Artikels 77 des Grundgesetzes spätestens sechs Monate nach einem zustande gekommenen Volksbegehren beschlossen wird. Eine Vorlage, die der Bundestag gemäß dem Verfahren des Artikels 77 beschlossen hat und die die Zustimmung der Vertrauensleute spätestens sechs Monate nach einem zustande gekommenen Volksbegehren erhalten hat (Kompromissvorlage), kann ebenfalls mit zum Volksentscheid gestellt werden.

Volksentscheid (3. Stufe) entfällt, wenn Volksbegehren vom Bundestag angenommen wurde.

Bundestag kann eigene Vorlage oder eine mit der Initiative ausgehandelte Vorlage mit zur Abstimmung stellen.

§ 12 Termin der Abstimmung

(1) Ein Volksentscheid nach Artikel 78a des Grundgesetzes findet spätestens sechs Monate nach der abschließenden Behandlung eines Volksbegehrens durch den Bundestag statt. Volksentscheide nach Artikel 23, 24 oder 79 Absatz 2 des Grundgesetzes

Volksentscheid findet spätestens sechs Monate nach Entscheidung des Bundestages statt.

finden frühestens sechs, spätestens zwölf Monate nach Abschluss des parlamentarischen Verfahrens statt.

(2) Mehrere zustande gekommene Volksbegehren zum selben Thema werden an einem Abstimmungstag zum Volksentscheid gestellt.

(3) Der Abstimmungstag wird von der Bundesabstimmungsleitung festgelegt, bei Volksentscheiden nach Artikel 78a im Einvernehmen mit den Vertrauensleuten des Volksbegehrens.

(4) Volksentscheide können mit anderen Volksentscheiden und mit Wahlen zusammengelegt werden.

§ 13 Gegenstand des Volksentscheids

(1) Gegenstand des Volksentscheids ist die durch Volksbegehren vorgelegte Vorlage nach Artikel 78a oder eine Vorlage nach Artikel 23, 24 oder 79 des Grundgesetzes.

(2) § 11 Absatz 2 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

§ 14 Stimmzettel

(1) Die in dem Volksentscheid zu stellende Frage ist von der Bundesabstimmungsleitung so zu formulieren, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann.

(2) Bei zwei oder mehr Vorlagen zum gleichen Gegenstand werden den Stimmberechtigten die Vorlagen zur jeweiligen Annahme oder Ablehnung vorgelegt. Die abstimmende Person hat ihre Entscheidung, ob sie der Vorlage zustimmt oder diese ablehnt, auf dem Stimmzettel durch ein Kreuz oder auf eine andere Weise eindeutig kenntlich zu machen. Bei mehreren Vorlagen, die den gleichen Gegenstand betreffen, können die Stimmberechtigten kennzeichnen, welche Alternative sie bevorzugen, falls mehrere Vorlagen die Mehrheit nach Artikel 78a Absatz 6 des Grundgesetzes bekommen (Stichfrage).

§ 15 Abstimmungsergebnis

(1) Eine Vorlage ist durch Volksentscheid vorbehaltlich Absatz 2 angenommen, wenn sie die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmgleichheit ist die Vorlage abgelehnt. Erhalten mehrere Vorlagen, die den gleichen Gegenstand betreffen, eine Mehrheit, so entscheidet die Stichfrage vorbehaltlich einer Annahme nach Absatz 2.

(2) Soweit zu einem Gesetz die Zustimmung der Bundesländer erforderlich ist, ist eine Vorlage nur dann angenommen, wenn sie die Mehrheit der Stimmen nach Artikel 51 Absatz 2 des Grundgesetzes erreicht. Für die Feststellung des Ergebnisses

werden in diesem Fall die Stimmen auch landesweit ausgezählt. Die Annahme oder Ablehnung in den einzelnen Bundesländern wird nach der jeweiligen Stimmenzahl des Bundeslandes im Bundesrat gemäß Artikel 51 Absatz 2 des Grundgesetzes gewichtet.

(3) Die Bundesabstimmungsleitung ist der Bundeswahlleiter oder die Bundeswahlleiterin.

§ 16 Feststellung des Ergebnisses, Ausfertigung und Verkündung

(1) Die Bundesabstimmungsleitung stellt das Ergebnis des Volksentscheids fest, der Präsident oder die Präsidentin des Bundestages macht es bekannt. Gegen die Feststellung des Ergebnisses ist Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht zulässig; § 48 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht gilt entsprechend.

(2) Ein durch Volksentscheid zustande gekommenes Gesetz wird vom Bundespräsidenten oder der Bundespräsidentin gemäß Artikel 82 Absatz 1 des Grundgesetzes ausgefertigt und im Bundesgesetzblatt verkündet. Für das Inkrafttreten gilt Artikel 82 Absatz 2 des Grundgesetzes entsprechend.

5. Abschnitt: Information vor der Abstimmung, Organisation und Finanzierung der Initiatoren

§ 17 Abstimmungskommission

(1) Die Abstimmungskommission besteht aus einem oder einer Vorsitzenden, einem Stellvertreter oder einer Stellvertreterin sowie fünf weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder sollen jeweils verschiedenen Bereichen der Gesellschaft angehören. Mitglieder des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung dürfen der Abstimmungskommission nicht angehören.

(2) Auf Vorschlag der Bundesabstimmungsleitung wählt der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten die Mitglieder der Abstimmungskommission. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes der Abstimmungskommission wählt der Bundestag auf Vorschlag der Bundesabstimmungsleitung einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin für die verbleibende Zeit der Amtsdauer.

(3) Zu den Aufgaben der Abstimmungskommission gehören die Erstellung der Abstimmungsbroschüre für die Stimmberechtigten (§ 18) sowie die Kontrolle und Umsetzung der Spendentransparenzregelungen (§ 21).

(4) Die Abstimmungskommission arbeitet ehrenamtlich. Die Mitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung, Auslagen werden erstattet.

Das so genannte Ländermehr sichert Mitsprache der Bundesländer.

Abstimmungskommission erstellt Abstimmungsbroschüre und kontrolliert Einhaltung der Spendentransparenzregeln.

Abstimmungstag wird im Einvernehmen mit Initiative festgelegt.

Abstimmungen und Wahlen können zusammengelegt werden.

Alle Vorlagen können abgelehnt werden.

Bei mehreren Vorlagen zum gleichen Thema: Stichfrage.

Beim Volksentscheid entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Keine Zustimmungsklausel!

Vor einem Volksentscheid geht eine Abstimmungsbroschüre an alle Stimmberechtigten.

§ 18 Information der Stimmberechtigten

(1) Vor dem Volksentscheid erhalten alle Stimmberechtigten zusammen mit der Abstimmungsbenachrichtigung eine Abstimmungsbroschüre. Diese Abstimmungsbroschüre enthält:

1. den Tag der Abstimmung sowie die Öffnungszeiten der Stimmlokale,
2. eine zusammenfassende, allgemeinverständliche Beschreibung des wesentlichen Inhalts jeder Abstimmungsvorlage in gleichem Umfang,
3. in je gleichem Umfang die Auffassungen der Vertrauensleute des Volksbegehrens einerseits sowie die Auffassungen von Bundestag und Bundesrat andererseits, wobei jede Seite kurz auf die Auffassungen der anderen eingehen soll. Vor Volksentscheiden nach Artikel 23, 24 und 79 Absatz 2 des Grundgesetzes, denen kein Volksbegehren vorangeht, werden die verschiedenen, im Bundestag von Fraktionen und Gruppen vertretenen Auffassungen ausgewogen und im gleichen Umfang dargestellt.
4. das Ergebnis der Abstimmung über die Vorlage in Bundestag und Bundesrat, angegeben in der Anzahl der Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und der Enthaltungen,
5. die Abstimmungsvorlagen im Wortlaut samt Begründungen,
6. ein Muster des Stimmzettels,
7. eine Erläuterung des Abstimmungs- und Auszählungsmodus, insbesondere nach § 14 und § 15 Absatz 2.

Die Erstellung der Abstimmungsbroschüre obliegt der Abstimmungskommission in Absprache mit der Bundesabstimmungsleitung. Sie setzt vorab für die Texte nach Absatz 1 Ziffern 2 und 3 eine maximale Länge und den Abgabetermin fest. Wenn die eingereichten Texte diskriminierende oder offensichtlich unwahre Äußerungen enthalten, so kann die Abstimmungskommission eine Änderung verlangen.

(2) Volksentscheide sind vor dem Abstimmungstag durch den Präsidenten oder die Präsidentin des Bundestages ohne eine Stellungnahme in den Amtsblättern und Zeitungen, die allgemein für Bekanntmachungen bestimmt sind, wie ein Kreiswahlvorschlag (§ 86 Bundeswahlordnung) bekannt zu machen.

(3) Vor einem Volksentscheid nach Art. 78a des Grundgesetzes ist den Vertrauensleuten angemessene Sendezeit nach § 42 Absatz 2 des Rundfunkstaatsvertrages einzuräumen.

§ 19 Vertrauensleute

(1) Die Initiatoren der Volksinitiative benennen mit der Einreichung der Volksinitiative mindestens drei Vertrauensleute. Die Vertrauensleute sind berechtigt, dem Präsidenten oder der Präsidentin des Bundestages weitere Vertrauensleute anzuzeigen. Jede und jeder der Vertrauensleute ist zeichnungsberechtigt. Bei der Benennung weiterer Vertrauensleute, bei Änderungen der Vorlage der Volksinitiative, bei der Beantragung eines Volksbegehrens, bei der Rücknahme des Antrags auf Durchführung

eines Volksbegehrens und beim Verzicht auf einen Volksentscheid nach Artikel 78a Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes müssen zwei Drittel der Vertrauensleute unterzeichnen.

§ 20 Kostenerstattung für die Initiatoren

(1) Den Vertrauensleuten werden die Kosten zur Förderung der Diskussion und zur Information der Öffentlichkeit vor einem Volksentscheid erstattet, sofern ein zustande gekommenes Volksbegehren zum Volksentscheid gelangt.

(2) Die Erstattung wird mit 0,13 EUR pro in dem Volksentscheid abgegebener gültiger Stimme, die auf Ja oder in anderer Form auf Zustimmung zur Vorlage des Volksbegehrens lautet, pauschaliert. Der Erstattungsbetrag darf den von den Vertrauensleuten nachgewiesenen Gesamtbetrag für Werbungs- und Organisationskosten nicht übersteigen. Erstattungsfähig sind nur die nach dem Zustandekommen des Volksbegehrens entstandenen Kosten.

(3) Die Festsetzung und Auszahlung des Erstattungsbetrages ist spätestens drei Monate nach Feststellung des Ergebnisses des Volksentscheides schriftlich beim Präsidenten oder der Präsidentin des Deutschen Bundestages zu beantragen. Der Präsident oder die Präsidentin setzt den Erstattungsbetrag fest und zahlt ihn unverzüglich an die Vertrauensleute des Volksbegehrens aus.

(4) In der Bundesabstimmungsordnung wird das nähere Verfahren sowie die Möglichkeit einer angemessenen Abschlagszahlung an die Vertrauensleute geregelt.

§ 21 Spendentransparenz

(1) Geld- oder Sachspenden, die in ihrem Gesamtwert die Höhe von 10.000 Euro übersteigen, sind der Abstimmungskommission unter Angabe des Namens des Spenders oder der Spenderin und der Gesamthöhe der Spenden unverzüglich anzuzeigen. Für Sachspenden ist der marktübliche Preis maßgebend.

(2) Die Vertrauensleute versichern mit dem Antrag auf Behandlung einer Volksinitiative nach § 3, dem Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens nach § 5, dem Antrag auf Durchführung eines fakultativen Referendums nach § 10 sowie 15 Tage vor dem Abstimmungstermin eines Volksentscheids an Eides statt, dass der Anzeigepflicht vollständig und richtig nachgekommen worden ist.

(3) Die Geldspenden sind von den Vertrauensleuten gesondert auf einem Konto unter Angabe des Spenders oder der Spenderin und des gespendeten Betrages zu verwalten. Sachspenden sind in einem schriftlichen Protokoll zu verzeichnen, in dem der Spender oder die Spenderin, der Gegenstand der Sachspende und der marktübliche Wert ausgewiesen werden.

Kommt es zum Volksentscheid, werden Werbungs- und Organisationskosten für den Volksentscheid erstattet.

Initiative muss Spenden ab 10.000 Euro an Abstimmungskommission melden.

Für Spenden muss ein gesondertes Konto eingerichtet werden.

Ähnlich wie bei Bundestagswahlen kann vor einem Volksentscheid im Fernsehen geworben werden.

Mindestens drei Vertrauensleute notwendig.

(4) Die Abstimmungskommission veröffentlicht die Angaben nach Absatz 1 fortlaufend im Internet.

6. Abschnitt: Schlussbestimmungen

§ 22 Rechtswegegarantie

(1) Aus Anlass von Streitigkeiten zu diesem Gesetz, insbesondere über die Zulässigkeit, die Durchführung oder das Zustandekommen eines Volksbegehrens und das Ergebnis eines Volksentscheids, entscheidet das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Bundesregierung, eines Drittels der Mitglieder des Bundestages oder der Vertrauensleute. Davon unbeschadet ist die Möglichkeit verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes.

(2) Gegen Entscheidungen des Präsidenten oder der Präsidentin des Bundestages oder der Bundesabstimmungsleitung aufgrund dieses Gesetzes können die Vertrauensleute und andere Beteiligte, die geltend machen, in ihren Rechten verletzt oder unmittelbar gefährdet zu sein, das Bundesverfassungsgericht anrufen. §§ 63–67 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht gelten entsprechend.

§ 23 Kosten

(1) Für Amtshandlungen im Verfahren von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid werden keine Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben.

(2) Die Kosten für die Erstellung der Eintragungslisten zur Amtseintragung und den fristgerechten Versand durch die Bundesabstimmungsleitung an die Gemeinden trägt der Bund.

(3) Der Bund erstattet den Gemeinden die ihnen durch die Vorbereitung und Durchführung eines Volksentscheides entstandenen Kosten unter Ausschluss der laufenden Kosten für Personal- und Sachmittel sowie eine Inanspruchnahme von Räumen und Gebäuden der Gemeinden.

§ 24 Datenschutz

(1) Personenbezogene Daten, die auf der Grundlage dieses Gesetzes erhoben werden, dürfen nur für die Durchführung des jeweiligen direktdemokratischen Verfahrens verarbeitet werden. Sie dürfen nicht mit anderen personenbezogenen Daten zusammengeführt werden und sind spätestens zwei Monate nach Feststellung des Ergebnisses eines Volksentscheids oder einer anderen Beendigung des Verfahrens zu löschen.

(2) Wird nach § 16 eine Beschwerde gegen die Feststellung des Ergebnisses eines Volksentscheids erhoben, so sind die Daten erst nach Abschluss des Beschwerdeverfahrens unverzüglich zu löschen.

(3) Das Nähere wird durch Rechtsverordnung geregelt.

§ 25 Bundesabstimmungsordnung

(1) Die Bundesregierung erlässt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderliche Bundesabstimmungsordnung.

Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes

Das Bundesverfassungsgerichtsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. August 1993 (BGBl. I S. 1473), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. August 2013 (BGBl. I S. 3463) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 13 Nr. 3 wird folgende Nummer 3b angefügt:

„3b. Über Beschwerden der am Verfahren beteiligten Verfassungsorgane und der Vertrauensleute entscheidet, soweit die ordnungsgemäße Durchführung des Volksentscheidsverfahrens betroffen ist, das Bundesverfassungsgericht.“

(Stand: Oktober 2013)

Bei Streitigkeiten ist Bundesverfassungsgericht zuständig.

Den Gemeinden werden die Kosten erstattet.

Daten dürfen nur für die direktdemokratischen Verfahren genutzt und müssen zwei Monate nach Volksentscheid gelöscht werden.



Bild: Münchner Marienplatz am letzten Tag des „Volksbegehrens gegen Studienbeiträge“

Chronologie: Gesetzentwürfe zu bundesweiten Volksentscheiden, die bisher in den Bundestag eingebracht wurden

Datum	Fraktion	Gegenstand
25.11.1992	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Volksgesetzgebung
24.03.1998	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Volksgesetzgebung
09.06.1999	PDS	Volksgesetzgebung
13.03.2002	SPD+BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Volksgesetzgebung
04.06.2003	FDP	Referendum über EU-Verfassung
25.01.2006	FDP	Volksgesetzgebung
15.02.2006	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Volksgesetzgebung
09.05.2006	DIE LINKE	Volksgesetzgebung
24.03.2010	DIE LINKE	Volksgesetzgebung
07.11.2012	DIE LINKE	Referendum bei EU-Vertragsänderungen
14.06.2013	SPD	Volksgesetzgebung und „volksbegehrtes“ Referendum
17.03.2014	DIE LINKE	Volksgesetzgebung
24.10.2017	DIE LINKE	Volksgesetzgebung

Die Qualität der direkten Demokratie ist maßgeblich von den zugrunde liegenden Regelwerken abhängig. Keines dieser Regelwerke, weder auf Landes- noch auf Bundesebene, wird je fertig sein. Erfahrungen, Forschungen, die Abschätzung von Chancen und Risiken - all das muss immer wieder motivieren, die Regelwerke anzupassen. So ist auch der hier veröffentlichte Vorschlag von Mehr Demokratie zu diskutieren und gegebenenfalls zu verbessern. Dabei wäre zum Beispiel Augenmerk auf die Verknüpfung von Beteiligungs- und Dialogverfahren mit denen der direkten und der parlamentarischen Demokratie zu legen.

Wenn wir aufhören, die Demokratie zu entwickeln, fängt die Demokratie an, aufzuhören.

Impressum

Herausgeber:
Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin
Fon 030-420 823 70
Fax 030-420 823 80

www.mehr-demokratie.de
info@mehr-demokratie.de
2. aktualisierte Auflage
April 2018

Redaktion:
Ralf-Uwe Beck
Fotos:
Michael von der Lohe (Titel, Seite 6,
Seite 10 und Rückseite),
Anno Dietz/Jusos München (Seite 22)
Gestaltung:
Liane Haug, Neelke Wagner




Mehr Demokratie e.V.


Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Abonnieren Sie unseren Newsletter!

www.mehr-demokratie.de
info@mehr-demokratie.de

Folgen Sie uns!

 twitter.com/Volksentscheid

 facebook.com/mehrdemokratie